## 100 Jahre Berliner Dauerwaldvertrag

Dr. Angela von Luehrte

Die Döberitzer Heerstraße wird 1907 vom Reichskanzlerplatz, dem heutigen Theodor-Heuss-Platz, aus durch den nördlichen Grunewald gebaut.
Blick nach Westen, vorn U-Bahnzugänge, links hinten Bhf.Heerstraße
Foto: Waldemar Titzenthaler 1907

2015 haben die Bewohner Berlins einen Grund zum Feiern: vor 100 Jahren kaufte der Zweckverband Groß-Berlin vom Preußischen Staat 10.000 ha Waldflächen für die Bevölkerung. Dauerwaldvertrag heißt es deshalb, weil sich der Zweckverband als Vorläufer von Groß-Berlin im Vertrag verpflichtet hat, die erworbenen Waldflächen dauernd zu erhalten und nicht zu veräußern.

Wie kam es zu diesem Vertrag?

Um 1870 hatte die Stadt Berlin kaum noch eigenen Waldbestand. Lediglich die benachbarten Städte wie Charlottenburg oder Köpenick waren im Besitz von größeren Waldflächen. Doch die wichtigsten Erholungsflächen für die stark anwachsende Bevölkerung in der Umgebung der Stadt gehörten dem Preußischen Staat. Hatte Berlin 1870 etwa 800.000 Einwohner, so waren es 1900 bereits 1,8 Millionen, die zum großen Teil in engen Mietskasernen mit mehreren Hinterhöfen wohnten. Gleichzeitig zogen die reicheren Leute nun in die neu entstehenden Villenkolonien, die von großen sogenannten

Terraingesellschaften überall in der Umgebung in landschaftlich schöner Lage und mit entsprechendem Verkehrsanschluss geplant und gebaut wurden.
So entstand z.B. bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Villenkolonie Grunewald am Halensee. Auf Wunsch Bismarcks sollte der Kurfürstendamm zu einem Boulevard ausgebaut werden. Da der Stadt das Geld dafür fehlte gab es eine erste „public-private partnership“, wie sie heutzutage üblich sind. Eine private Kurfürstendamm-Gesellschaft finanzierte den Ausbau und erhielt dafür 236 ha Waldfläche des Grunewaldes vom Preußischen Forstfiskus für die Anlage der Villenkolonie zu einem günstigen Preis. Während sie für den Ankauf 1,2 Mark pro m² zahlte, wurden die Grundstücke später für 3,1 Mark weiter verkauft.
Hier lockte neben der Nähe zur Stadt insbesondere auch die idyllische Lage am Wasser, denn man hatte aus der benachbarten sumpfigen Rinne zwischen Halensee und Hundekehlsee zusätzlich noch 4 künstliche Seen modelliert und mit Ufervegetation bepflanzt. So wurde diese landschaftlich gestaltete Villenkolonien mit Schmuckplätzen und Verkehrsanschluss zum Vorbild für zahlreiche Villenkolonie um die Stadt herum.
Doch es regte sich in der Bevölkerung zunehmend Widerstand gegen die „Waldschlächterei“, wie es in einem Zeitungsartikel von 1907 heißt. Insbesondere aus Gründen der Volksgesundheit sei es notwendig, den Wald in der Umgebung der Stadt für die Erholung der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten. Bereits 1904 hatte das Berliner Tageblatt 30.000 Unterschriften gegen den Verkauf und die Bebauung großer Teile des Grunewaldes gesammelt und dem preußischen Land- und Forstminister übergeben. Doch der Preußische Forstfiskus verkaufte trotz aller Beteuerungen den Grunewald zu erhalten, ab 1901 immer mehr größere Waldflächen in der Umgebung der Stadt als Bauflächen. So kam es zu breiten Protestbewegung, die vor allem vom Berliner Waldschutzverein und dem Ansiedlungsverein Groß-Berlin vorangetrieben wurde. Sie organisierten 1909 den 2. Berliner Waldschutztag der von mehr als 30 Organisationen unterstützt wurde. Darunter waren Gewerkschaften, Wohnungsreformvereinigungen, Krankenkassen, naturwissenschaftliche und sozialpolitisch engagierte Verbände. Sie alle forderten die Übernahme der Wälder und Naturschönheiten Berlins durch die Stadt und deren langfristigen Erhalt. Um diesen Waldkauf zu ermöglichen, solle ein Zweckverband aus Berlin, seinen Nachbarstädten und den Umlandgemeinden gebildet werden. Die vielfältigen Proteste hatten Erfolg, so dass nach Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im Frühjahr 1912 der Zweckverband Groß-Berlin gebildet wurde. Eine seiner wichtigen Aufgaben war der Erwerb und die Erhaltung größerer von der Bebauung freizuhaltender Flächen und so trat er sofort in Verhandlungen mit der Preußischen Regierung über einen möglichen Waldankauf ein. Doch deren Preisvorstellungen waren an Baulandpreisen orientiert unannehmbar hoch, so dass man sich erst nach längeren Verhandlungen 1914 einigen konnte. Gekauft wurden rund 10.000 ha , im wesentlichen die frühere Staatsförsterei Grunewald, der Wannseeteil der Oberförsterei

Potsdam, die Staatsoberförsterei Tegel sowie Stücke der Staatsoberförstereien Oranienburg und Schönwalde und Freiflächen bei Schönholz.
Am 27.3. 1915 kam es zum Vertragsabschluss. Der Kaufpreis wurde auf 50 Mio Mark festgelegt, zahlbar in Raten. Doch war der Zweckverband durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges erst 1920 in der Lage, erste Zahlungen zu leisten.
Da auch Städte wie Charlottenburg oder Berlin bereits früher einzelne Waldflächen gekauft hatten, besaß die 1920 gebildete Einheitsgemeinde Groß Berlin mit ihren 3,8 Mio Einwohnern nun mit über 21.000 ha Wald nahezu schon den 1892 von Köhn geforderten Wald- und Wiesengürtel um die Stadt.
Dieser Dauerwald ist auch heute noch ein wesentlicher Grundstock dafür, dass Berlin mit seinen 29.000 ha eine der waldreichsten Weltstädte ist und dieser Wald laut Berliner Waldgesetz auch für die Erholung zu erhalten, zu vermehren und zu pflegen ist.
Angesichts des aktuellen Baumbooms ist es empfehlenswert sich wieder der durchaus nicht billigen aber vorausschauenden Freiflächenpolitik der damaligen Zeit zu erinnern.